

Datenschutzerklärung des Bundesarchivs

Auf dieser Seite informieren wir Sie über Art und Umfang der Nutzung personenbezogener Daten, die das Bundesarchiv im Rahmen seines Internetauftritts mit dessen Unterseiten zur Erfüllung seiner Aufgaben erhebt und verarbeitet.

Dieses Internet-Angebot wird von einem technischen Dienstleister vorgehalten. Die dortige Verarbeitung von Nutzungsdaten erfolgt in unserem Auftrag und nach unseren Vorgaben.

Verantwortlich: Präsident des Bundesarchivs, 56064 Koblenz, Tel. +49 (0)261/505-0, Mail: koblenz@bundesarchiv.de

Datenschutzbeauftragter: Bundesarchiv, 56064 Koblenz, Tel. +49 (0)261/505-0, Mail: dsb@bundesarchiv.de.

Zu den datenschutzrechtlichen Begriffen verweisen wir auf Art. 4 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO).

I. Allgemeines

Die Nutzung unseres Webangebots ist grundsätzlich ohne Bekanntgabe personenbezogener Informationen möglich.

Personenbezogene Daten (wie Name, Anschrift, Mailadresse, etc.) **sowie die IP-Adresse** werden erhoben mit den Kontaktformularen, der Newsletterbestellung, den Anwendungen mit persönlicher Registrierung (Invenio, Bilddatenbank, Bibliothekskatalog, Pflichtregistrierung für Filme) sowie den weiteren über die Seite www.bundesarchiv.de erreichbaren Rechercheanwendungen.

Sofern innerhalb unseres Internetangebotes die Möglichkeit zur Eingabe persönlicher oder geschäftlicher Daten (wie E-Mail-Adresse, Name, Anschrift, etc.) besteht, so erfolgt die Eingabe dieser Daten seitens der Nutzenden auf ausdrücklich freiwilliger Basis.

Hiervon sind jene Erhebungen in einzelnen Anwendungen ausgenommen, die zur Erfüllung gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen erforderlich werden (siehe Abschnitt II.).

Wir legen Wert auf Minderjährigenschutz. Kinder und Personen unter 18 Jahren sollten ohne Zustimmung der Eltern oder Erziehungsberechtigten keine personenbezogenen Daten an uns übermitteln. Wir fordern keine personenbezogenen Daten von Kindern an, sammeln diese nicht und geben sie nicht an Dritte weiter.

Cookies werden genutzt, um mit einer Webseite bzw. Domain verbundene Daten für einige Zeit lokal auf dem Computer des Nutzers zu speichern und auf Anfrage wieder zu übermitteln. Cookies werden unter anderem dazu verwendet, um den Nutzer zu identifizieren und bestimmte Einstellungen, wie z.B. einen gefüllten Warenkorb oder den Login-In Status, zu speichern.

In den Systemeinstellungen des Nutzer-Browsers können gespeicherte Cookies jederzeit gezielt gelöscht werden.

Senden Sie uns eine E-Mail oder eine Nachricht mittels Kontaktformular, so werden Ihre Daten für die Korrespondenz mit Ihnen verwendet. In diesen Fällen gehen wir davon aus, dass Sie unter der mitgeteilten E-Mail-Adresse erreichbar sind, und dass wir Ihnen per E-Mail zu antworten berechtigt sind. Andernfalls wollen Sie uns bitte auf eine andere Art der Kommunikation hinweisen.

Die Übermittlung der Inhalte unserer Kontaktformulare erfolgt über eine verschlüsselte https-Verbindung. Jedoch kann die Kommunikation via E-Mail Sicherheitslücken

aufweisen. Beispielsweise können E-Mails auf dem Weg zum Bundesarchiv von technisch versierten Internet-Nutzern aufgehalten oder eingesehen werden.

Beim Absenden von Kontaktformularen und E-Mails wird neben den Inhalten regelmäßig auch die IP-Adresse des Absenders übermittelt. Vor dem Versand eines Kontaktformulars werden Sie um Zustimmung zur Übermittlung und Speicherung der IP-Adresse gebeten. Eine Auswertung der IP-Adresse findet ausschließlich im Rahmen staatlicher Maßnahmen der Strafverfolgung oder Gefahrenabwehr unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen statt.

Für vertrauliche Nachrichten ist das Bundesarchiv via De-Mail erreichbar. Die De-Mail-Adresse unserer Poststelle lautet:

Poststelle@bundesarchiv.de-mail.de

Mit De-Mail werden elektronische Nachrichten verschlüsselt, geschützt und nachweisbar verschickt. Dadurch kann der Absender der Nachricht eindeutig identifiziert werden. Weiterhin können die Inhalte einer De-Mail auf ihrem Weg durch das Internet nicht mitgelesen oder gar verändert werden. De-Mail kann somit in vielen Fällen die erforderliche Schriftform ersetzen.

Für die Kommunikation per De-Mail benötigen Sie lediglich ein De-Mail-Postfach. Innerhalb des Bundesarchivs wird Ihre De-Mail dann an die zuständige Bearbeiterin oder den zuständigen Bearbeiter weitergeleitet.

Die Dauer der Aufbewahrung von Ersuchen und Anfragen in elektronischer Form bestimmt sich nach den Fristen, die für Schriftgut in Papierform gemäß der Registraturrichtlinie für die Bundesverwaltung gelten.

Bei der Bestellung von Informationsmaterial oder Broschüren wird nach Namen und anderen persönlichen Informationen gefragt. Sie sind darin frei, ob Sie diese Daten mitteilen möchten.

Ihre Daten werden auf besonders geschützten Servern in Deutschland gespeichert. Nur wenige Personen sind befugt, die technisch-administrative Betreuung der Server auszuführen.

Bei jedem Zugriff auf die eingesetzten Server werden ferner Daten zu statistischen Zwecken und zur Sicherung gespeichert. Lediglich für eine begrenzte Zeit werden die IP-Adresse des Internet Service Providers, das Datum und die Uhrzeit des Zugriffs sowie die konkrete Zieladresse erfasst. Diese Daten dienen ausschließlich zur Verbesserung unseres Webangebotes und werden nicht auf die Nutzerinnen und Nutzer rückführbar ausgewertet.

Das Bundesarchiv behält sich indes vor, im Falle von schweren Verstößen gegen unsere Nutzungsbedingungen und bei unzulässigen Zugriffen bzw. Zugriffsversuchen auf hier eingesetzte Server unter Zuhilfenahme einzelner Datensätze eine Herleitung zu personenbezogenen Daten zu veranlassen.

II. Welche Daten werden verarbeitet?

1. Mit jedem Zugriff/Abruf von Informationen auf unseren Seiten werden vorübergehend folgende Daten gespeichert:

- IP-Adresse (anonymisiert gespeichert),
- Datum und Uhrzeit der Datenanforderung,
- aufgerufene Seite/Name der abgerufenen Datei,
- Meldung, ob der Zugriff/Abruf erfolgreich war.

Zweck der Verarbeitung: Diese Daten dienen statistischen Zwecken, einer Beantwortung Ihrer Anfragen und/oder Bestellungen sowie der Verbesserung unseres Angebots. Nach ihrer Auswertung werden sie sogleich gelöscht. Eine andere Verwendung oder Weitergabe

an Dritte erfolgt nicht. Techniken, wie zum Beispiel Java-Applets oder Active-X-Controls, die es ermöglichen, das Zugriffsverhalten der Nutzer nachzuvollziehen, werden nicht eingesetzt.

Rechtsgrundlage: Die Verarbeitung liegt im berechtigten Interesse des Bundesarchivs (Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. f DS-GVO).

2. Bei jedem neuen Zugriff eines Nutzers auf eine Rechercheanwendung, die im Rahmen des Internet-Angebots des Bundesarchivs ohne Registrierung erreichbar ist, werden ferner mittels sog. Cookies Sitzungsdaten erhoben und zusammen mit einer Sitzungs-ID vorübergehend browserbasiert auf Seiten des Nutzers verarbeitet und gespeichert.

Zweck der Verarbeitung: Der letzte Stand der jeweiligen Sitzung mit den Formularinhalten, den Einträgen der Merkzettel und den Suchergebnissen werden für den Benutzenden festgehalten. Sitzungs-ID und -dauer werden zudem zu statistischen Zwecken genutzt. Die Löschung dieser Daten erfolgt, ausgenommen der anonymen Sitzungs-ID sowie Dauer des Zugriffs, mit Beendigung der benutzerspezifischen Sitzung.

Rechtsgrundlage: Die Verarbeitung dient den Nutzenden und liegt im berechtigten Interesse des Bundesarchivs (Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. f DS-GVO).

3. Bei den Anwendungen mit Benutzer-Login (Registrierung) werden die benutzerspezifischen Informationen serverseitig beim Bundesarchiv abgelegt.

- a) Für die Registrierung bei invenio-online und beim Online-Katalog OPAC werden die personenbezogenen Daten wie aus der jeweiligen Eingabemaske erhoben, die auch für einen Benutzungsantrag nach der Bundesarchiv-Benutzungs-Verordnung anzugeben sind.

Zweck der Verarbeitung: Eine wiederholte Nutzerauthentifizierung lässt sich vermeiden.

Diese Identitätsdaten werden benötigt, um mit Hilfe erweiterter Funktionen über Erschließungsinformationen hinaus die Recherche und Bestellung rechtebehafteter Daten sowie statistische Auswertungen zu ermöglichen.

Rechtsgrundlage: Die Verarbeitung der Nutzerdaten beruht auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. c DS-GVO i.V.m. § 3 Bundesarchiv-Benutzungsverordnung.

- b) Bilddatenbank des Bundesarchivs und des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung:

aa) Bei Nutzung der Bilddatenbank mit Registrierung werden – wie für die Nutzung von Archivgut – Ihre Identitätsdaten wie aus der Eingabemaske ersichtlich erhoben. Soweit Sie darüber hinaus die Warenkorbfunktion und die Bezahlungsfunktion nutzen, verarbeitet das Bundesarchiv Ihre Daten laut Eingabemaske zur Bankverbindung und ggf. Kreditkarte.

Zweck der Verarbeitung: Die Registrierungsdaten werden für die Stellung eines Benutzungsantrages benötigt, um mit Hilfe erweiterter Funktionen über Erschließungsinformationen hinaus die Recherche und Bestellung rechtebehafteter Daten und die Durchführung der Benutzung zu ermöglichen.

Rechtsgrundlage: Die Verarbeitung der Nutzerdaten beruht auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. c DS-GVO i.V.m. § 3 Bundesarchiv-Benutzungsverordnung.

Für die Daten zum Zahlungsverkehr ist Rechtsgrundlage Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. B DS-GVO (Erfüllung vertraglicher Pflichten gegenüber dem beauftragten Dienstleister ...).

bb) Nutzen Sie in derselben Bilddatenbank das Angebot der Bundesbildstelle, so erfasst das Bundesarchiv für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Ihre Identitätsdaten. Gleiches gilt für die Daten zum

Zahlungsverkehr.

Soweit Sie zwischen den Bildangeboten des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und des Bundesarchivs wechseln, liegt keine Zweckänderung in der Verwendung der Daten vor.

Rechtsgrundlage: Die Nutzung von Bildern des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung erfolgt regelmäßig auf vertraglicher Grundlage (Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. b DS-GVO). Gleiches gilt für die Daten zum Zahlungsverkehr.

c) Pflichtregistrierung für Filme

Neben Ihren Identitätsdaten erhebt das Bundesarchiv im Rahmen der Pflichtregistrierung die gesetzlich geforderten filmografischen Angaben der Filmhersteller.

Zweck der Verarbeitung: Register der in Deutschland hergestellten Filme.

Rechtsgrundlage: Die Pflicht zur Filmregistrierung beruht auf § 17

Bundesarchivgesetz, die Verpflichtung zur Eingabe somit auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. c DS-GVO.

d) Kontaktformular für die Dauerausstellung der Außenstelle Rastatt

Auf der Unterseite für die Außenstelle Rastatt erfasst das Bundesarchiv für die Besuchergruppen personenbezogene Angaben wie aus dem Kontaktformular ersichtlich.

Zweck der Verarbeitung: Die terminliche Organisation von Ausstellungsbesuchen.

Rechtsgrundlage: Die Verarbeitung liegt im Interesse des Bundesarchivs (Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. f DS-GVO).

4. Datenlöschung und Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten der betroffenen Person werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen das Bundesarchiv unterliegt, vorgesehen wurde. Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung besteht.

Benutzerspezifische Daten werden regelmäßig nicht an Dritte weitergegeben. Sie dienen ausschließlich der Beantwortung von Benutzungsanfragen. Soweit für Ihre Anfrage die Beteiligung anderer Stellen in Ihrem erklärten Interesse liegt, gibt das Bundesarchiv Ihre Daten an die jeweils benannte Stelle weiter.

Postanschriften und E-Mailadressen, die im Rahmen von Anfragen oder Bestellungen von Informationsmaterial angegeben werden, werden ausschließlich für die Korrespondenz beziehungsweise für den Versand vom Newsletter und von Unterlagen verwendet. Eine Löschung Ihrer Versandadresse/E-Mail erfolgt, sobald Sie den Bezug der jeweiligen Publikation nicht länger wünschen.

5. Zusammenarbeit mit Auftragsverarbeitern und Dritten

Müssen wir im Rahmen unserer Verarbeitung Daten gegenüber anderen Personen und Unternehmen (Auftragsverarbeitern oder Dritten) offenbaren, sie an diese übermitteln oder ihnen sonst Zugriff auf die Daten gewähren, erfolgt dies nur

- auf Grundlage einer gesetzlichen Erlaubnis (z.B. wenn eine Übermittlung der Daten an Dritte, wie an Zahlungsdienstleister, gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO zur Vertragserfüllung erforderlich ist).
- wenn Sie eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. a DS-GVO),

- wenn eine rechtliche Verpflichtung dies vorsieht oder
- auf Grundlage unserer berechtigten Interessen (z.B. beim Einsatz von Beauftragten, Webhostern, etc.).

Sofern wir Dritte mit der Verarbeitung von Daten auf Grundlage eines sog. "Auftragsverarbeitungsvertrages" beauftragen, geschieht dies auf Grundlage des Art. 28 DS-GVO.

III. Ihre Rechte:

Als Betroffener stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Bundesarchiv zu:

1. Auskunftsrecht

Sie haben das Recht auf Auskunft, ob personenbezogene Daten von Ihnen im Bundesarchiv verarbeitet werden. Liegen von Ihnen Daten vor, können Sie folgende Informationen verlangen über:

- die Zwecke der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten;
- die Kategorien von personenbezogenen Daten;
- die Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern, die die betreffenden Daten erhalten bzw. noch erhalten sollen;
- die geplante Dauer der Datenspeicherung oder, soweit keine konkreten Angaben hierzu möglich sind, die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
- das Recht auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden Daten, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung durch das Bundesarchiv oder ein Widerspruchsrecht gegen diese Verarbeitung;
- das Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde;
- alle verfügbaren Informationen zur Herkunft der Daten, soweit die personenbezogenen Daten nicht bei Ihnen direkt erhoben werden;
- das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DS-GVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen zur angewandten Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für Sie.

Sie haben das Recht auf Auskunft, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. Dabei können Sie die Unterrichtung über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DS-GVO im Zusammenhang mit der Übermittlung verlangen.

2. Recht auf Berichtigung

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber dem Bundesarchiv, sofern Ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten unrichtig oder unvollständig sind. Das Bundesarchiv hat die Berichtigung ggf. unverzüglich vorzunehmen.

3. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie können unter folgenden Voraussetzungen die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen:

- Sie bestreiten die Richtigkeit der Sie betreffenden Daten für eine Dauer, die es dem Bundesarchiv ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- die Verarbeitung ist unrechtmäßig, Sie lehnen die Löschung der betreffenden Daten ab und verlangen stattdessen die Einschränkung der Nutzung der Daten;

- das Bundesarchiv benötigt die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger; Sie benötigen diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Oder:
- Sie haben Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DS-GVO eingelegt und es steht noch nicht fest, ob die berechtigten Gründe des Bundesarchivs gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Ist die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt worden, so dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Europäischen Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Ist die Verarbeitung gemäß der vorstehenden Voraussetzungen eingeschränkt worden, werden Sie vom Bundesarchiv unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

4. Recht auf Löschung

a) Löschungspflicht

Sie können die Löschung der Sie betreffenden Daten vom Bundesarchiv verlangen. **Das** Bundesarchiv ist zur unverzüglichen Löschung dieser Daten verpflichtet, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DS-GVO gestützt hat, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
- Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem das Bundesarchiv unterliegt.
- Die Sie betreffenden Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DS-GVO erhoben.

b) Information an Dritte

Hat das Bundesarchiv die Sie betreffenden Daten öffentlich gemacht und ist es gem. Art. 17 Abs. 1 DS-GVO zu deren Löschung verpflichtet, so trifft es unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene - auch technische - Maßnahmen, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die betreffenden Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass Sie als betroffene Person die Löschung aller Links zu den betreffenden Daten oder von Kopien oder Replikationen derselben verlangt haben.

c) Ausnahmen

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

- zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
- zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Europäischen Union oder der Mitgliedstaaten, dem das Bundesarchiv unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Bundesarchiv übertragen worden ist;

- aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DS-GVO;
- für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DS-GVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
- zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

5. Recht auf Unterrichtung

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Bundesarchiv geltend gemacht, ist es verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden Daten offengelegt worden sind, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Vom Bundesarchiv können Sie verlangen, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

6. Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden Daten, die Sie dem Bundesarchiv bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Außerdem haben Sie das Recht diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch das Bundesarchiv zu übermitteln, sofern

- die Verarbeitung auf einer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO oder auf einem Vertrag gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO beruht und
- die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

In Ausübung dieses Rechts können Sie ferner erwirken, dass die Sie betreffenden Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Freiheiten und Rechte anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt nicht für eine Verarbeitung personenbezogener Daten, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Bundesarchiv übertragen wurde.

7. Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e oder f DS-GVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.

Das Bundesarchiv verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, es kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

IV. Ergänzende Hinweise:

- Im Bereich Datenschutz ist Aufsichtsbehörde für das Bundesarchiv:

Die Beauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit,

Husarenstr. 30, 53117 Bonn

- Eine automatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling) findet nicht statt.
- Zweckänderungen: über allfällige Zweckänderungen einer Verarbeitung Ihrer Daten werden Sie gesondert hingewiesen. Dies gilt auch, soweit das Bundesarchiv künftig weitere Auftragsverarbeiter für die Erledigung seiner Aufgaben beauftragt.

Zeitpunkt der Informationspflicht: bei Direkterhebung zur Zeit der Erhebung; bei Dritterhebung max. 1 Monat nach Erlangung der Daten; bei Kommunikation mit Betroffenen: bei erstmaliger Kontaktaufnahme; bei Weitergabe an Dritte: spätestens zum Zeitpunkt der ersten Weitergabe.

Ausnahmen hiervon:

- Die betroffene Person verfügt bereits über diese Informationen.
- Bei Dritterhebung besteht darüber hinaus keine Informationspflichten, soweit die Informationserteilung sich als unmöglich erweist, die Informationserteilung mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden sein würde, die Daten einem Berufsgeheimnis unterliegen würde oder die Datenerlangung einer gesetzlichen Regelung unterliegt.